

Liebe Frauen*,

wahrlich ein heißer Sommer- die Regierung verlängert die Arbeitszeiten, kürzt die Kinderbetreuung, reduziert die Förderungen von Frauenprojekten um bis zu 100%, usw. usf. Schuld sind die Flüchtlinge- wer sonst? Es wird abgeschoben, in so beständige Demokratien wie Gambia und Afghanistan... Wem hat der Sommer das Hirn verbrannt? Oder war da nix mehr? Dafür dürfen wir noch schneller über die Autobahn rasen. Die Klimakatastrophe ist abgesagt, wir kaufen uns halt eine Klimaanlage. Und überhaupt - wer ist schuld? Die Flü....

Trotzdem ein paar Nachrichten aus dem feministischen Sektor:

1. Demo Seebrücke 9.8.
2. Amnesty Expert*innenseminar
3. Petition Rücktritt Frauenministerin
4. Feministische Organisationen protestieren gegen Förderkürzungen durch das Frauenministerium- Presseaussendung
5. Handbuch für eine „Verantwortungsvolle Berichterstattung für ein gewaltfreies Leben“
6. Frauenstreik
7. Und ein praktischer Tipp: Strom- und Gaspreise Vergleich: Wechsel von Anbieter

Die Plattform 20000frauen wünscht euch weiterhin einen schönen Sommer!

Launige Grüße aus dem Backofen
Christa

1.
Demo: Seebrücke- schafft sichere Häfen! 9. August, 18h, Schwedenplatz:

in Kooperation mit [Seebrücke.org](http://Seebruecke.org) in Deutschland soll es auch in Wien eine Aktion für sichere Fluchtwege, offene Häfen, gegen das Sterben im Mittelmeer geben:

<https://www.facebook.com/events/448784735603878/>

bitte weiter geben, weiter sagen und vor allem KOMMEN! damit wir ein starkes Zeichen gegen diese furchtbaren Grausamkeiten setzen können!

2.
Anlässlich des EU-Außenminister*innentreffens in Wien lädt Amnesty Österreich herzlich zu einem Expert*innenseminar am 29. August 2018 im Haus der Europäischen Union ein. 2018 ist ein besonderes Jubiläumsjahr für Menschenrechtsverteidiger*innen: 70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 20 Jahre Deklaration der Vereinten Nationen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen und 10 Jahre überarbeitete Leitlinien der Europäischen Union zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen. Doch ein Blick auf die derzeitigen Entwicklungen rund um die Welt zeigt: die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen findet weltweit unter immer schwierigeren Bedingungen statt, der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement schwindet.

Als Women Human Rights Defenders (WHRD) werden sowohl Frauen, die zu verschiedenen Menschenrechtsthemen arbeiten als auch Menschen jeden Geschlechts, die zu Frauenrechts- und Geschlechterthemen arbeiten, verstanden. Sie sind mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Nur zu oft drohen ihnen aufgrund ihres Engagements zusätzliche Stigmatisierung, Verfolgung, Diffamierung oder sexuelle Gewalt.

Das Expert*innenseminar widmet sich diesen Herausforderungen und möglichen Lösungsvorschlägen. WHRD aus verschiedenen Regionen werden von ihrer Arbeit berichten und mit EU- und Regierungsvertreter*innen die Möglichkeiten zum Schutz und zur Stärkung von WHRD diskutieren.

Aufgrund der begrenzten Anzahl der Plätze bitten wir um eine verbindliche Anmeldung bis Freitag, den 10. August 2018, unter: whrd@amnesty.at Auf der Website scheint nämlich schon die Warteliste auf.

3.
Das Frauen*Volksbegehren startete eine Petition auf mein.aufstehn.at, um Unterschriften für den Rücktritt der Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß zu sammeln. <https://mein.aufstehn.at/petitions/es-ist-zeit-ministerin->

4.

Frauenpolitik ist mehr als Gewaltschutz

Feministische Organisationen protestieren gegen Förderkürzungen durch das Frauenministerium

Im Laufe des Monats Juni erhielten mehrere Einrichtungen, die feministische emanzipatorische Bildungs- und Informationsarbeit betreiben, vom Frauenministerium die Mitteilung, dass die Fördermittel für das laufende Jahr zur Gänze gestrichen oder empfindlich gekürzt werden. Der Entzug von vergleichsweise geringen Summen stellt für diese Organisationen, die ohnehin unter sehr prekären Bedingungen arbeiten, eine existenzielle Bedrohung dar.

Wie bereits berichtet, wurde der feministisch-entwicklungspolitischen Zeitschrift „Frauen*solidarität“ die Förderung des Frauenministeriums komplett gestrichen. Nun wurde bekannt, dass auch dem Verein „Frauenhetz“, der feministische Bildungs- und Kulturarbeit betreibt, die gesamte Unterstützung vom Frauenministerium abgesagt wurde. Auch dem Frauenarbeitskreis der „Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung“ (ÖBV-Via Campesina Austria), der seit fast 30 Jahren emanzipatorische Bildungsarbeit für Frauen am Land betreibt, wurde die bisherige Unterstützung von 16.000 Euro auf die Hälfte gekürzt. Der seit 1974 existierende „Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft“ (AEP), der in Innsbruck unter anderem eine Familienberatungsstelle, eine feministische Zeitschrift sowie eine öffentliche Bibliothek mit Bildungs- und Kulturarbeit betreibt, hat mit einer Kürzung der Fördermittel um 20% zu kämpfen. Von einer gänzlichen Streichung der bisherigen 5.500 Euro Förderung ist der Verein „One Billion Rising Austria“ (OBRA) betroffen. OBRA setzt sich im öffentlichen Raum für ein Ende der Gewalt an Frauen* und Mädchen* ein und hat dafür einige Preise erhalten.

Viele Frauenorganisationen machen sehr viel aus vergleichsweise geringen Fördersummen. Einige der genannten Organisationen sind schon jetzt stark auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen, aber auch sie haben Kosten. „Es war bisher schon schwierig, mit so kleinen Budgets zu arbeiten. Jetzt wissen wir nicht, wie es weitergehen soll. Die Streichung vom Frauenministerium gemeinsam mit anderen Förderausfällen ist existenzbedrohend für uns“, so Aiko Kazuko Kurosaki von OBRA.

Als Grund für die Kürzungen und Streichungen werden vom Frauenministerium das begrenzte Budget und der Schwerpunkt auf Gewaltopfer genannt. Frauenministerin Bogner-Strauß gibt jedoch auch Gewaltprävention als eigenen Schwerpunkt an. Die betroffenen Fraueninitiativen argumentieren, dass sie auch im Bereich der Prävention und des Empowerment arbeiten. „Emanzipatorische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit wirkt vorbeugend gegen Gewalt und Ausbeutung“, so Birge Krondorfer, politische Philosophin und Mitbegründerin der „Frauenhetz“. Gewaltschutz sei wichtig, aber es brauche auch eine aktive Politik gegen jene Strukturen, welche die Gewalt produzieren. „Wir in der ÖBV betreiben Bewusstseinsbildung für Frauen mit Blick auf „das große Ganze“. Wir setzen uns ein für ein „Gutes Leben für Alle“, beschreibt Maria Vogt, Biobäuerin im Weinviertel, ihr Engagement. Dazu gehört auch der Blick über den nationalen Tellerrand. Die ÖBV-Frauen sind über die Kleinbäuer_innenbewegung „La Via Campesina“ weltweit vernetzt. Bei der „Frauen*solidarität“ liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der internationalen Vernetzung von Fraueninitiativen und feministisch-entwicklungspolitischer Informations- und Bildungsarbeit.

In den von Kürzungen betroffenen Initiativen engagieren sich seit vielen Jahren Frauen für Frauen- und Menschenrechte, zeigen Probleme in diesen Bereichen auf und treten für alternative Lebenskonzepte ein. Mit relativ wenig öffentlichen Geldern wird so wichtige Arbeit für die Gesellschaft geleistet. Die angekündigten Kürzungen bedeuten für diese Initiativen einen existenziellen Einschnitt in ihre Arbeitsfelder oder überhaupt das Ende. Die Organisationen fordern gemeinsam von der Frauenministerin, die angekündigten Kürzungen zu überdenken und Gespräche mit den betroffenen Einrichtungen zu führen. „Wir wünschen uns ein ausgeglichenes Förderkonzept, das die begonnene Arbeit ermöglicht und wertschätzt“, so Claudia Temper, Geschäftsführerin der Frauen*solidarität.

Die oben genannten Organisationen, die sich für eine emanzipatorische Bildungs- und Informationsarbeit einsetzen, sind jedoch nur die Spitze des Eisbergs von Kürzungsbetroffenen. „Wir wissen von vielen weiteren Frauenorganisationen und feministischen Projekten, die aktuell von Kürzungen des Frauenministeriums, aber auch von anderen öffentlichen Stellen betroffen sind. Manche haben bisher nur mündliche Rückmeldungen auf ihre Anträge erhalten und gehen deshalb noch nicht an die Öffentlichkeit“, so Lisa Gensluckner von AEP Innsbruck. Ende Juni hat die ehemalige Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek eine parlamentarische Anfrage an die aktuelle Frauenministerin Juliane Bogner-Strauß gestellt. Laut Heinisch-Hosek wurde in den Debatten für das Doppelbudget 2018/19 nicht ausreichend geklärt, welche Vereine und Institutionen vom Frauenministerium in Zukunft unterstützt werden sollen. Außerdem ist offen, welche inhaltlichen Schwerpunkte die Frauenministerin im Jahr 2018/19 setzen wird. Weiters fehlt noch der Überblick, welche feministischen Einrichtungen in Österreich alle von Kürzungen und Streichungen betroffen sind.

Kontakte für Rückfragen an betroffenen Organisationen:

Frauenarbeitskreis der Österreichische Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung (ÖBV-Via Campesina Austria), österreichweit, Maria Vogt, maria.vogt@tele2.at, 0660 4076144, www.viacampesina.at

Frauenhetz, Wien, birge.krondorfer@chello.at; oder Frauenhetz-Office: 01-7159888, <http://frauenhetz.jetzt/>

Frauen*solidarität, Wien, 01-3174020-0, office@frauensolidaritaet.org, <http://www.frauensolidaritaet.org/>

Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft – AEP, Innsbruck, office@aep.at, www.aep.at

One Billion Rising Austria (OBRA), Wien, Aiko Kazuko Kurosaki, kazuko.kurosaki@chello.at, <https://1billionrising.at/>

1billionrising.at/

Kontakt für Rückfragen an unterstützende Organisationen:

WIDE – Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven, www.wide-netzwerk.at/, Tel: 01-3174031, office@wide-netzwerk.at

www.wide-netzwerk.at/, Tel: 01-3174031, office@wide-netzwerk.at

Weitere Informationen:

Zur parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/JJ_01157/index.shtml

Österreichischer Frauenring, www.frauenring.at/

5.

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser beschäftigt sich schon lange mit der medialen Berichterstattung im Kontext familiärer Gewalt bzw. geschlechtsspezifischer Gewalt und hat kürzlich ein Handbuch für eine „Verantwortungsvolle Berichterstattung für ein gewaltfreies Leben“ und Anregungen zur medialen Prävention von Gewalt an Frauen und Kindern erarbeitet. Gemeinsam mit ExpertInnen aus dem Opferschutz und mit Journalistinnen wurde dieses Handbuch mit Empfehlungen – auch im Umgang mit sexistischer und verbaler Gewalt in den sozialen Medien – zusammengestellt.

Dieses Handbuch soll JournalistInnen unterstützen und anregen, sich verstärkt mit Richtlinien für eine verantwortungsvolle Berichterstattung in den eigenen Redaktionen auseinanderzusetzen, bei der Berichterstattung zu sensibilisieren, das Thema bereits in der Journalismus- und Publizistikausbildung fix zu verankern und bei Journalismustagungen zu integrieren sowie gemeinsam mit GewaltschutzexpertInnen im Rahmen von Seminaren und Workshops vertiefend zu thematisieren.

Hier die Links zum Handbuch in Kurzversion und in Langversion:

Langversion: Verantwortungsvolle Berichterstattung (interaktives PDF)

Kurzversion: Verantwortungsvolle Berichterstattung (Folder)

Die bisherigen Aussendungen der Kampagne „40 Jahre – 40 Statements“ finden Sie hier.

6.

Frauenstreik: ReGIERung gegen Frauen - Frauen gegen ReGIERung

Es ist wieder an der Zeit, dass wir Arbeiterinnen, Angestellte, Teilzeit-Beschäftigte, Prekär-Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte, Hausfrauen, Alleinerzieherinnen, Erwerbslose Frauen, wohnungslose Frauen, Frauen in Ausbildung, Schülerinnen, Studentinnen, Pensionistinnen, Migrantinnen, geflüchtete Frauen, Frauen mit "Einschränkungen", Lesben/Migrantinnen/Frauenorganisationenuns zusammenschließen um NEIN zu sagen zur derzeitigen ReGIERung und ihren Forderungen:

- 12-StundenArbeitstag - bereits beschlossen. Zusätzlich soll das Pensionsantrittsalter erhöht werden. Es bedeutet für Alleinerzieherinnen, für kranke und älteren Arbeitenden, hackeln bis zum Umfallen.

WIR WOLLEN GUTES LEBEN FÜR ALLE!

- Abschaffung der Notstandshilfe - das bedeutet keine Versicherungs- sondern Sozialleistung; zusätzlich werden Arbeitslosengeld und Mindestsicherung gekürzt-

keine Ersatzzeiten für die Pension.

WIR WOLLEN - BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN UND UNTERHALTSVORSCHUSS
STATT
WEIBLICHER (ALTERS)ARMUT!

-- Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt - die hohen Mieten
geschweige denn
die Preise für Eigentum sind schon jetzt kaum bezahlbar für
alleinlebende Frauen,
Alleinerzieherinnen, Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen,
erwerbslose Frauen
und Rentnerinnen.

WIR SAGEN - DIE HÄUSER DENEN DIE DRIN WOHNEN!

- Angriff auf die AUVA - Beginn der Privatversicherung und
Zwei-Klassen-Medizin

WIR SAGEN - GESUNDHEIT IST EIN MENSCHENRECHT!

- Vernichtung der Rechte von AK und Gewerkschaften, welche über
jahrhunderte mühsam
erkämpft wurden.

WIR WOLLEN EINE BESSERE ZUKUNFT UND NICHT ZURÜCK INS 19. JAHRHUNDERT!

- Schüren von Fremdenhass und menschenfeindliche Asylpolitik

WIR SAGEN - FREIHEIT FÜR SCHUBHÄFTLINGE
SCHUBHAFT FÜR FREIHEITLICHE

- Kürzung von Geldern für Frauenprojekte

WIR STREIKEN - FEMINISTISCHE ARBEIT IST UNERLÄSSLICH

- Kürzungen im Bildungsbereich

WIR SAGEN - BILDUNG FÜR ALLE STATT NUR FÜR ELITEN

Stockkonservatives Frauen und Familienbild der ReGIERung - statt
Kinder, Küche, Kirche sind unsere ZIELE

Umsetzung der Frauenvolksbegehrens!
Wenn schon Ehe, dann für alle!
Schwangerschaftsabbruch raus aus dem Strafrecht und auf Krankenschein!
Freier Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln und Binden/Tampons an
öffentlichen Plätzen - wie z.B. Schulen, öffentliche WC usw
und, und, und

Deswegen wollen wir uns trotz unserer Vielfalt an Meinungen an unsere
Gemeinsamkeiten
erinnern. ORGANISIEREN wir uns, erheben wir uns! GEMEINSAM SIND WIR
MEHR. GEMEINSAM SIND WIR STARK!

ES SCHLÄGT 13! - FRAUENSTREIK

KEINE HAT DAS RECHT ZU GEHORCHEN!

Anlässlich der Einführung des 12-Stunden-Tags sollen Protestaktionen
rund um den 1.9.2018 stattfinden.

Am 31.7.2018 planen wir die Schwimnudel-stecken-schaukelpferd aktion.
Nähere Details folgen.

Des Weiteren planen wir einen Protest im November anlässlich der 100 Jahre Frauenwahlrecht. HÄTTE SIE NICHT GEKÄMPFT; HÄTTE WIR DIE WAHLFREIHEIT NICHT!

STREIKSYMBOL sind violette Tücher

FRAUENSTREIKTREFFEN finden jeden 2. und 4. Montag im Monat um 19 Uhr im FZ (autonomes FrauenLesbenMigrantinnenZentrum)Währingerstraße 59/Stiege 6, 1090 Wien, in der FZ Bar Eingang ums Eck in der Prechtlgasse, bei schwarz roten Tür läuten. Die nächsten Termine sind 13.8./27.8./10.9./24.9./8.10./22.10.

Kontakt: Email: frauenstreik@riseup.net

Telefon: 0664-4710116

facebook: frauenstreik

7.

Strom- und Gaspreise Vergleich Österreich: Wechsel von Anbieter

Liebe Alle!

Alles in Allem lässt sich (durch einen Anbieterwechsel, ck) eventuell schon Geld sparen, aber bitte auf keinen Fall verleiten lassen schnell mal auf der Strasse einen Vertrag zu unterschreiben, oder vom "wohlmeinenden" Nachbarn, Freund etc.

Ich hab in letzter Zeit ständig Menschen in der Energieberatung, die da drauf reingefallen sind!

Im Moment sind an vielen U-Bahn-Stationen, vor Einkaufszentren und Supermärkten etc. "Infostände" von Energieanbietern. Oft werden anscheinend gezielt Menschen angesprochen, die nach Migrations-/Fluchthintergrund aussehen, gestresst sind, mit Kindern unterwegs etc. und mit dem Argument sie würden viel zu viel zahlen zum Anbieterwechsel überredet. Oft wird auch mit Gewinnspiel und Zuckerln fürs Kind gelockt. Nur schnell eine Unterschrift, Vertrag braucht man eh nicht so genau lesen, "ich erklär ihnen was da steht" oft auch in arabisch, farsi etc. und schon ist man/frau für mindestens 1 Jahr an den neuen Anbieter gebunden. Verdienen tun in erster Linie die Energieanbieter und die "Keiler" bekommen Geld pro unterschriebenem Vertrag.

Achtung:

Real ist die Ersparnis meist - wenn überhaupt - nur im ersten Jahr durch den Wechselrabatt gegeben. Manchmal ist der neue Vertrag auch teurer. Oft kommen dann mehrere Rechnungen getrennt und per email für Gas, Strom, Netz - das wird schnell unübersichtlich. Oft muss mit Sepa-Lastschrift gezahlt werden und wenn dann das Konto nicht gedeckt ist wirds teuer - zu den Mahnspesen kommen die Bankgebühren für die Rücküberweisung. Das frisst den kleinen Gewinn durch niedrigeren Preis schnell auf.

Vorsicht geboten ist jedenfalls wenn es beim alten Anbieter Schulden gibt. Die werden beim Wechsel klarerweise fällig gestellt auch wenn es eine Ratenvereinbarung gibt.

Das soll jetzt keine Werbung für Wien Energie sein! Die von Lian empfohlene E-Control Seite ist zur Orientierung eh hilfreich, setzt aber voraus, dass etwas kompliziertere Zusammenhänge in deutscher Sprache ausreichend verstanden werden und ausreichend Zeit und Konzentration vorhanden ist.

Wer nähere Infos oder Unterstützung zum Anbieterwechsel will oder sonst Fragen zum Thema Energie(kosten)sparen, Verträge, Rechnungen etc. hat kann gerne auch in die Energiesprechstunde vom Projekt E=Start kommen (in der Werkstatt von Sunwork/Craftistas, all genders) . Da gibts kostenlose, unabhängige Beratung und Hilfe besonders auch für Refugees und Menschen mit Migrationshintergrund und andere mit geringem Haushaltsbudget. Bitte auch weitersagen!

Nähere Infos dazu siehe www.ebplus.at oder <https://www.facebook.com/energiesprechstunde>

Fragen auch an team@ebplus.at möglich

liebe Grüße

Karin

Abmelden vom Newsletter? Einfach mit NEIN antworten.